№ 540
A 293

Morgen-Ausgabe.

Berlin

Donnerstag, 23. Oktober 1919

15 Pfennig

Vossische Zeitung

Begründet 1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint täglich zweimal, Sonn- und Festtags nur einmal. Jeden Sonntag die illustrierte Beilage „Zeitbilder“ Sonstige Beilagen und Rubriken: Finanz- und Handelsblatt, Umschau in Technik und Wirtschaft, Für Reise und Wanderung, Literarische Umschau, Wissenschaftliche Sonntags-Beilage Allgemeine Verlosungs-Tabelle. Wochenkurszettel der Berliner Börse.

Bezug: Monatlich 4,50 M., vierteljährl. 13,50 M. in Groß-Berlin und Umgegend durch eigene Boten tägl. zweimal frei ins Haus, sonst durch die Post — Anzeigen. Zeile 1,50 M. u. 33⅓% Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 1,25 M. netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus. Berlin SW 68, Kochstr 22-26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (m. Ausnahme d. Handelsteils): i. V. J. Elbau in Bln.-Tempelhof.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co, Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

Kämpfe auf der ganzen Petersburger Front.

Wiedereinnahme Kiews durch Denikin.

Bei der Zeitung „Prisyw“ sind folgende telegraphische Berichte von den russischen Fronten vom 22. Oktober eingetroffen:

Front des Generals Judenitsch: An der ganzen Front von Ligowo bis Pskow sind erbitterte Kämpfe im Gange. Das Uebergewicht ist auf unserer Seite. Unsere Truppen gelangten bis zur Stadt Pawlowsk und zum Dorf Zarskaja Slawjanska südlich von Zarskoje Selo.

Front des Generals Denikin: Nach zweitägigen Kämpfen gelangten unsere Truppen von Osten her bis Kiew, brachen den Widerstand des Feindes und drangen in die Stadt ein. Zurzeit dauert der Kampf westlich und nordwestlich von Kiew an. Oestlich von Orel sind unsere Truppen ins Gouvernement Tula gelangt und haben die Stadt Nowossil genommen. Der Gegner führt starke Angriffe südlich von Usman. Südöstlich von Woronesch sind heftige Kämpfe entbrannt.

Front des Admirals Koltschak: Südlich von Kurgan hat der Gegner nach heftigen Kämpfen unsere Front durchbrochen und uns gezwungen, ein wenig zurückzugehen. Gegenmaßnahmen sind getroffen.

*

Nach russischen Pressemeldungen ist Krasnoje Selo von den Bolschewisten aufgegeben; bei Gatschina finden schwere Kämpfe statt.

lw **Kopenhagen,** 22. Oktober.

Die „Morningpost“ schreibt, daß auffallend günstige Berichte von Reuter über die Kämpfe bei Petersburg und Kronstadt ausgegeben wurden, um auf die Börse Einfluß zu üben. Das Blatt betont die von Trotzki entfaltete wütende Agitation gegen die weißen Armeen und warnt, den Widerstand, den die roten Heere in und um Petersburg leisten würden, nicht zu unterschätzen. „Daily News“ meldet, daß die Bolschewisten eine neue Offensive eröffnet hätten. (Auch nach unseren Nachrichten ist diese bei Gdow und Pskow im Gange.) Wenn die Judenitsch-Armee nicht binnen kurzem ihre verlorenen Stellungen (am Südrand von Petersburg) wiedergewinne, bestehe keine Aussicht, Petersburg noch vor dem Frühjahr einzunehmen.

Die Hilfe der Randstaaten.

Drahtmeldungen der „Vossischen Zeitung“.

lw **Kopenhagen,** 22. Oktober.

In politischen Kreisen spricht man davon, daß man versuchen wolle und müsse, Polen und die baltischen Länder zur aktiven Teilnahme an dem Feldzug Judenitschs gegen Petersburg zu bewegen, aber man verkennt nicht, daß die Schwierigkeiten eines solchen Versuches sehr groß sind, denn diese Länder brauchen nichts dringender als Frieden, und die baltischen Staaten verlangen vorher die Anerkennung ihrer Selbständigkeit. (Wogegen sich die russischen Generale als Verfechter der großrussischen Reichseinheit heftig sträuben.)

Das Helsingforser „Hufvudsstadsbladet“ spricht, wie „Berlingske Tidende“ meldet, verhältnismäßig zuversichtlich über die Aktion gegen Petersburg. Angesichts der jetzigen strategischen Lage würde es Finnland keine nennenswerten Anstrengungen kosten, wenn es einen Vorstoß auf der Linie Rajokki vornehmen würde, um Karelien von den Roten Truppen zu befreien. Der Augenblick sei jetzt da, schreibt das nationalfinnische Blatt, und es gilt, die gegebene Möglichkeiten nicht zu versäumen.

Helsingfors, 22. Oktober. (W. T. B.)

Die finnische Regierung hat die baltischen Randstaaten benachrichtigt, daß Finnland an den Friedensverhandlungen Räterußlands nicht teilnehme.

Libau, 22. Oktober.

Oberst Awaloff-Bermondt hat Marschall Foch gebeten, zu intervenieren, um unnötiges Vergießen von russischem Blut zu verhindern und gleichzeitig dringend um Entsendung einer Kommission zu seiner Armee ersucht. Ax seine Bitte schließt er einen Appell an Frankreich, ihm bei der endgültigen Vertreibung des Bolschewismus und bei der Errettung seines Vaterlandes aus Anarchie und Elend zu helfen.

D'Annunzios Entschlossenheit.

London, 22. Oktober. (H. N.)

Der Korrespondent des „Daily Chronicle“ hatte in Fiume ein Interview mit d'Annunzio. Dieser erklärte, daß er demnächst zum Angriff übergehen und, wenn nötig, sogar auf Rom marschieren werde. Er sei bereit, sich selbst zu opfern und dem ganzen italienischen Volke ein Beispiel dafür zu geben, wie man unterdrückte Völker befreie. Der italienische Matrosenverband habe ihm die Zusicherung gegeben, daß alle nach Fiume entsandten Schiffe den Hafen trotz der Blockade erreichen und alles mitbringen würden, was d'Annunzio brauche. Er solle nur drahtlos seine Aufträge erteilen. D'Annunzio fuhr fort: Fiume muß zum Freihafen gemacht werden. Das liegt im Interesse der Stadt selbst und des ganzen Hinterlandes.

Ebert über das Deutschtum Oberschlesiens.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

m **Breslau,** 22. Oktober.

Um 12 Uhr hatten sich im Landeshause zu Breslau die Führer der politischen Parteien Oberschlesiens, Vertreter der Gewerkschaften der Bergarbeiterverbände, sowie Vertreter der Handwerks- und Handelskammer eingefunden. Nach einer Ansprache des Staatssekretärs Hörsing, der die Not der oberschlesischen Bevölkerung schilderte, insbesondere das große Unrecht, das bei der Auflösung der Kreise Wartenberg und Namslau den dortigen Deutschen zugefügt wurde, ergriff Reichspräsident Ebert das Wort. Er sagte unter anderem: „Die Reichsregierung kennt keine größere Sorge, als Oberschlesien, das kostbarste Kleinod aus dem reichen Schatze der deutschen Lande, Deutschland zu erhalten. Jeder Deutsche muß die Lostrennung Oberschlesiens als ein schweres und bitteres Unrecht empfinden, das wir mit allen Mitteln zu verhindern suchen müssen. Die Oberschlesier dürfen in diesem schweren Kampfe sich nicht von den übrigen deutschen Brüdern verlassen fühlen, und mit Rat und Tat wird ihnen geholfen werden. Oberschlesien soll und muß deutsch bleiben. Aber auch dem nicht zum deutschen Stamme gehörigen Teil der oberschlesischen Bevölkerung soll eine Zukunft kultureller Freiheit erblühen. Im neuen Deutschland wird auf dem Boden der Gerechtigkeit und der Selbstverwaltung ein freier Geist herrschen. Jeder Staatsbürger, der seine Pflicht loyal gegenüber dem Staatswesen erfüllt, muß sich kulturell frei entfalten können.“

Nach dem Reichspräsidenten sprachen noch der preußische Minister des Innern und der Oberpräsident der neugebildeten Provinz Oberschlesien, Geh. Regierungsrat Bitta.

Auf der Fahrt des Reichspräsidenten von der Breslauer Ausstellung nach dem Landeshaus stürzte am Oder-Ufer ein Wagen um. Der Vizepräsident der Nationalversammlung, Loebe, und Abgeordneter Pfarrer Ulitzka wurden leicht verletzt. Zwei Passanten, die mit unter den Wagen geraten waren, erlitten schwerere Verletzungen.

Die französische Ratifikationsurkunde.

Meldung der Havas-Agentur.

Paris, 21. Oktober.

Das diplomatische Aktenstück, das die Ratifikation des Versailler Friedensvertrages enthält, wurde heute nachmittag im Justizministerium mit dem Staatssiegel versehen. Auf den Friedensvertrag folgt die handschriftliche Ratifikatonsurkunde, von Poincaré gezeichnet und von Pichon gegengezeichnet.

Die erste Lesung im amerikanischen Senat.

Washington, 22. Oktober. (H. N.)

Die erste Lesung des Friedensabkommens ist beendet. Wie die „New York Times“ mitteilt, erklärte Senator Lodge, daß die Abstimmung über den Aenderungsantrag Johnsons am Donnerstag stattfindet; die übrigen Aenderungsanträge werden im Laufe der Woche erledigt werden. Man nimmt an, daß die Debatte noch zwei Wochen dauern kann, ehe die allgemeine Entscheidung über die Ratifizierung fällt.

Versailles, 22. Oktober. (W. T. B.)

Nach der „Chicago Tribune“ soll eine Aufführung der „Meistersinger“ im Lexington-Avenue-Theater in New York eine Kundgebung demobilisierter amerikanischer Soldaten hervorgerufen haben. Die Polizei habe einschreiten müssen.

Kohlen für das besetzte Gebiet.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

* **Frankfurt a. M.,** 22. Oktober.

Nach einer Mitteilung der in Koblenz erscheinenden amerikanischen Zeitung will das interalliierte Kohlenkomitee auf Verwendung des amerikanischen Hauptquartiers dem militärischen Bevollmächtigten von den Kraftwagen, die Deutschland gemäß dem Friedensvertrag abliefern mußte, 1000 zur Verfügung stellen, um Kohlen hierher zu schaffen. Damit wären die von amerikanischen Truppen besetzten Gebiete der Kohlennot enthoben.

Sozialisierung der amerikanischen Bahnen?

Von
Alphons M. Nuese,
Berichterstatter der „Vossischen Zeitung“.

* **New York,** im September.

Die Frage der Neugestaltung des amerikanischen Eisenbahnwesens bildet eines der wichtigsten und schwierigsten Probleme dieser Periode wirtschaftlicher Rekonstruktion und beschäftigt zurzeit nicht nur die verantwortlichen Kreise, sondern auch die gesamte öffentliche Meinung. Vor zwei Jahren hat die Washingtoner Regierung, als Kriegsmaßnahme, alle Eisenbahnen des Landes in staatliche Verwaltung übernommen. Nachdem jetzt der Krieg vorüber ist, hat der Bundeskongreß darüber zu entscheiden, was weiter mit den Bahnen geschehen soll. Das nächstliegende wäre es, sie an die früheren Eigentümer zurückzugeben. Dagegen werden aber schwerwiegende Bedenken geltend gemacht.

Einmal hat die Regierung rund dreiviertel Milliarde Dollars für Verbesserung der Bahnen, Neubauten und neues rollendes Material ausgegeben, die sie von den Privateigentümern nie zurückbekommen kann. Dann ist auch der finanzielle Stand der meisten Bahngesellschaften ein so schlechter, daß sie sich ohne Unterstützung der Regierung nicht mehr auf eigenen Füßen halten können. Als die Regierung vor zwei Jahren die Bahnen übernahm, befanden sich die meisten von ihnen auf dem Wege zum Bankerott. Es war dies die unausbleibliche Folge unhaltbarer Zustände. Auf der einen Seite waren Löhne und Betriebskosten ins Unerschwingliche gestiegen, auf der anderen Seite konnte sich die Regierung zu keiner Erhöhung der Tarifsätze verstehen, weil sie, mit einem gewissen Recht, die Ueberkapitalisierung der Bahnen als das Hauptübel betrachtete. Die ständige Einmischung der Einzelstaaten nahm den Bahnen außerdem jede Möglichkeit, sich durch einen Ausgleich ihrer Interessen wirtschaftlich zu stärken. Schließlich war der Kredit der Bahnen soweit gesunken, daß sie sich ohne Hilfe der Regierung überhaupt kein neues Kapital mehr beschaffen konnten.

Unter diesen Umständen war vor zwei Jahren die zeitweilige Verstaatlichung der Bahnen als wahre Erlösung empfunden worden, und viele Leute sahen überhaupt alles Heil in einer dauernden Verstaatlichung. Dagegen sträubten sich aber nicht nur die Interessenten, sondern auch ein großer Teil des Publikums, das nun einmal den unbeschränkten individualistischen Wirtschaftsbetrieb als den ersten und unerläßlichen Grundsatz einer wahren Demokratie betrachtet. Der erste Generaldirektor der gesamten amerikanischen Eisenbahnen, Mc Adoo, hatte kurz vor seinem Rücktritt den durchaus verständigen Kompromißvorschlag gemacht, die staatliche Verwaltung probeweise noch auf weitere fünf Jahre zu verlängern und erst dann, auf Grund der gemachten Erfahrungen, endgültig über die Bahnen zu verfügen. Der Bundeskongreß hat diesen Vorschlag abgelehnt, seinerseits aber seither nichts unternommen, um die brennende Frage der Lösung näherzubringen. Es liegen ihm zahllose Vorschläge und Entwürfe vor, von denen bisher keiner auch nur in ernstliche Erwägung gezogen worden ist. Auch die Regierung kann sich offenbar zu keinem festen Programm in der Bahnfrage entschließen und will zweifellos die Initiative dem Kongreß überlassen.

So standen die Dinge, als vor einigen Wochen die vier Brüderschaften (brotherhoods) der Eisenbahnangestellten die Bombe des sogenannten Plumb-Entwurfs einer kooperativen Verwaltung der Bahnen platzen ließen. Der Entwurf ist nach dem Anwalt Plumb genannt, der ihn im Auftrag und im Namen der vier Organisationen der Bahnschaffner, der Lokomotivführer, der Heizer und des Zugpersonals, die man allgemein die vier Brüderschaften nennt, dem Bundeskongreß vorgelegt hat. Die darin enthaltenen Vorschläge haben in allen Kreisen, besonders in den Kreisen des gefestigten Besitzes, Bestürzung, Entrüstung, Furcht und Entsetzen erregt. Die Kapitalistenpresse nennt den Entwurf ein Produkt des Bolschewismus, und selbst die etwas freier denkenden Zeitungen warnen die Arbeiter davor, sich eine Diktatur anzumaßen, die das Volk nicht ertragen könne. Andererseits findet der Plumb-Plan die begeisterte Zustimmung der sozialistischen und gewerkschaftlichen Arbeiterpresse sowie der Organe des sogenannten intellektuellen Liberalismus, wie etwa der „Nation“, der „New Republic“ und einiger anderer. Jedenfalls verdient der Entwurf ernste Beachtung, und zwar nicht nur, weil zwei Millionen Eisenbahner und die große Mehrheit der übrigen vier Millionen organisierter Arbeiter hinter ihm stehen, sondern auch weil er aufbauende Ideen enthält, die doch früher oder später auf ihre praktische Anwendbarkeit hin